

"Wirklich armseliges Krankenhaus"

BZ-INTERVIEW mit Elena Denisova-Schmidt über die Pläne des Vereins "Zukunft für Ritschow".



1.

2. Elena Denisova-Schmidt (37) ist die stellvertretende Vorsitzende des Vereins Zukunft für Ritschow, wohnt in Klettgau. Sie promovierte in Kulturwissenschaft. An der Universität St. Gallen, Schweiz, ist sie Dozentin für Kultur und Gesellschaft Russlands Foto: bz

WALDSHUT-TIENGEN. Der Verein Zukunft für Ritschow setzt sich für Menschen in Weißrussland ein, die an den Folgen der Tschernobyl-Katastrophe leiden. Elena Denisova-Schmidt sprach mit Uthe Martin über die Pläne.

BZ: Ihr Verein organisiert Freundschaftskonzerte in der Region, das erste war in Gurtweil. Wie entstand der Verein und was sind seine Ziele?

Denisova-Schmidt: Unser Verein entstand im Jahre 2005 auf Initiative von Hedwig Müller. Ritschow ist der Name eines Dorfes in der weißrussischen Region Gomel, einer Region, die von der Tschernobyl-Katastrophe besonders betroffen wurde. Unsere Ziele bestehen darin, Menschen aus dieser Region zu mehr Bildung, Infrastruktur und besserer Gesundheit zu verhelfen.

BZ: Ähnliche Freundschaftskonzerte gab es bereits in den vergangenen Jahren. Für wen ist der Erlös bestimmt?

Denisova-Schmidt: Der Erlös ist für die jungen Menschen bestimmt. Sie müssen ihre Reisekosten aus den eingehenden Spenden begleichen, der Überschuss dient ebenfalls der Finanzierung ihres Studiums. Die jungen Leute werden in Gastfamilien untergebracht, was zu Freundschaften zwischen weißrussischen Musikern und ihren deutschen Gasteltern führen könnte. Außerdem entstehen so für den Verein durch diese Veranstaltung keinerlei Unkosten entstehen.

Werbung

BZ: Wie sieht die Arbeit des Vereins für das Jahr 2014 aus?

Denisova-Schmidt: Das wichtigste Projekt für 2014 ist die Beschaffung von Gastroskopen für das Krankenhaus. Für einen Einzugsbereich von 38 000 Patienten ist das Krankenhaus – auch Notfallklinik – unvorstellbar schlecht ausgerüstet. Es sollten zirka 1400 Gastroskopien pro Jahr durchgeführt werden. Das einzige vorhandene Gerät, sehr veraltet, reicht höchstens für 700 Untersuchungen und es gibt kein Gastroskop für Kinder.

BZ: Was haben Sie seit der Gründung des Vereins erreicht?

Denisova-Schmidt: Die Infrastruktur in Ritschow wurde erheblich verbessert, das Schulhaus in ein Gebäude verwandelt, das diesen Namen verdient: neue Tafeln, neue Beleuchtung, vollständig renovierte Turnhalle und seit Dezember 2013 eine hygienisch einwandfreie Küche – um nur das Wichtigste zu nennen. Etwa 800 Kinder aus der Region durften sich bei Gastfamilien in Deutschland erholen, haben ihre Schulleistungen verbessert, einen Zuwachs an Perspektiven und Möglichkeiten für ihr Leben bekommen.

BZ: Wo wird Ihre Unterstützung am dringendsten gebraucht?

Denisova-Schmidt: 2014 ganz sicher für eine bessere Ausstattung des wirklich armseligen Krankenhauses. Generell in den Schulen sowie bei den bedürftigen Familien, den Auszubildenden und Studierenden.

BZ: Sie selbst arbeiten an einem Projekt über "Russlanddeutsche in der Region Hochrhein/Schwarzwald – Geschichte und Gegenwart". Worum geht es dabei?

Denisova-Schmidt: Es geht um eine zweisprachige Publikation über russlanddeutsche Mitglieder und Freunde unseres Vereins. Bei allen unseren Aktivitäten erhalten wir starke Unterstützung von ihnen. Auch bei der Organisation der letzten Freundschaftskonzerte hat zum Beispiel Paulina Keil als Übersetzerin und Gastmutter aktiv mitgeholfen; Tamara Hart war immer bereit zu helfen. In diesem Projekt möchte ich vor allem über diese Bevölkerungsgruppe, ihre Geschichte sowie ihre Gegenwart berichten. In Deutschland werden sie ungerecht als "Russen" bezeichnet. In Russland nannte man sie "Faschisten". Auch dies ist ungerecht. Mit meiner Publikation möchte ich das erklären. Neben Themen wie Familiengeschichten, Leben in der UdSSR, Umsiedlung sowie Integration in Deutschland möchte ich herausfinden, was meinen Befragten das ehrenamtliche Engagement bringt, eine Tätigkeit, die in dieser Form in der ehemaligen Sowjetunion nicht vorhanden ist. Das Vorhaben wird vom Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages gefördert.